

Pressemitteilung der Partei Die PARTEI im Rat der Gemeinde Isernhagen

Die Partei Die PARTEI bedauert die tiefgreifende Entfremdung zwischen der SPD Isernhagen und Herrn Herbert Löffler, die nun zur politischen Eskalation geführt hat. Diese Entwicklung hat neue Beratungen zur Ausschussbesetzung zur Folge.

Um die Handlungsfähigkeit des Rates zu sichern, hatten wir einem Kompromissvorschlag der stärksten Fraktion im Rat zugestimmt, der die bisherigen Regelungen weitestgehend beibehalten sollte und so auch das Weiterbestehen von 9er-Ausschüssen vorsah – obwohl dies für die Gruppe Grüne/Die PARTEI mit sichtbaren Nachteilen verbunden war, da wir zum Erhalt des Kompromisses auf uns zustehende Sitze verzichtet hätten. Unser Ziel war es, den politischen Pluralismus im Rat zu wahren.

Die SPD hat diesen Vorschlag abgelehnt. Die stärkste Fraktion im Rat hatte im Zuge der Verhandlungen vorab angekündigt, gemeinsam mit den Stimmen der „Fahr Doch Porsche“-Partei (FDP) die Bildung von ausschließlich 7er-Ausschüssen zu beantragen und mit ihrer Ratsmehrheit durchzusetzen. Diese Ausschussgröße benachteiligt kleinere Gruppen deutlich und schränkt die politische Vielfalt in den Ausschüssen ein.

Ein zentraler Punkt ist hierbei die Anwendung des D'Hondt-Verfahrens. Dieses Verfahren verteilt Sitze proportional zur Stärke der Fraktionen, bevorzugt aber systematisch größere Fraktionen. Das Hare/Niemeyer-Verfahren dagegen bildet die Stimmenanteile gerechter ab und hätte eine angemessenere Repräsentation kleinerer Gruppen ermöglicht – wurde jedoch von der Ratsmehrheit abgelehnt.

Wichtig ist: Das D'Hondt-Verfahren berücksichtigt ausschließlich Fraktionen und Gruppen, nicht aber Einzelvertreter. Ein Ratsmitglied wie Herr Löffler, das keiner Fraktion oder Gruppe angehört, hat kein Anrecht auf Ausschusssitze oder Vorsitzposten auf Grundlage dieses Verfahrens. Die stärkste Fraktion im Rat hat angekündigt, mit Herrn Löffler keine gemeinsame Gruppe zu bilden, dennoch soll er nach aktuellem Stand den Vorsitz im Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz, öffentliche Sicherheit und Integration (FKSI) behalten – ein Posten, den er nicht über reguläre Zuteilung, sondern durch parteipolitische Absprache erhalten soll.

Einzelratsmitglieder dürfen zwar an allen Ausschusssitzungen teilnehmen und beim jeweiligen Ausschussvorsitz Rederecht beantragen, sie haben jedoch kein Stimmrecht, sofern sie nicht als ordentliche Ausschussmitglieder benannt sind. Ein Ausschussvorsitz in dieser Konstellation widerspricht aus unserer Sicht dem Geist einer transparenten und fairen Ratsarbeit.

Als Partei Die PARTEI setzen wir uns weiterhin für faire Verfahren, nachvollziehbare Entscheidungen und eine sachliche Kommunalpolitik im Sinne aller Bürger*innen ein.

Und da dieses Posten-Karussell ohnehin nicht mehr aufzuhalten scheint, haben wir folgerichtig zur nächsten Ratssitzung einen satirischen Ergänzungsantrag zur Vorlage 044/2025 eingereicht: die Einführung eines offiziellen Ausschussskarussells.

Mit freundlichen Grüßen,
Die PARTEI Isernhagen